

Antrag

der Abgeordneten Uwe Kekeritz, Kai Gehring, Kordula Schulz-Asche, Annalena Baerbock, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, Tom Koenigs, Dr. Tobias Lindner, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Jürgen Trittin, Doris Wagner, Ekin Deligöz, Katja Dörner, Sven-Christian Kindler, Beate Müller-Gemmeke, Tabea Rößner, Corinna Rüffer, Dr. Harald Terpe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Marktversagen beenden, Innovationen fördern – Globaler Forschungsfonds für bessere Gesundheit weltweit

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Weltweit werden immer weniger Wirkstoffe gegen lebensbedrohliche Krankheiten erforscht. Gleichzeitig steigen die Ausgaben für neue Arzneimittel immer weiter und Millionen von Menschen bleibt der Zugang zu neuen und bezahlbaren Therapien verwehrt. Was lange Zeit als isoliertes Problem der Entwicklungsländer gewertet wurde, entwickelt sich zunehmend zu einer Bedrohung für menschliche Gesundheit weltweit.

Unter dem bestehenden Forschungssystem orientiert sich kommerzielle pharmazeutische Forschung nicht vorrangig an den Gesundheitsbedürfnissen der Patientinnen und Patienten, sondern vielmehr an den größtmöglichen Absatzmöglichkeiten pharmazeutischer Hersteller. Neue und innovative Wirkstoffe zahlen sich für forschende Unternehmen nur durch Monopolpreise und einen hohen Absatz aus. Krankheiten, die vorwiegend Menschen in Entwicklungsländern bedrohen oder für die keine ausreichenden Gewinnaussichten prognostiziert wurden, bilden keine ausreichenden Anreize.

Durch die einseitige und patentbasierte Anreizsetzung kommt es zu einem weitreichenden Marktversagen. Seit Jahrzehnten fehlen Anreize zur Erforschung dringend benötigter Therapien gegen Krankheiten, die vorwiegend Menschen in Entwicklungsländern bedrohen. Krankheiten wie Leishmaniose, Chagas, aber auch Malaria und Tuberkulose betreffen Millionen von Menschen weltweit, gleichzeitig wird die Entwicklung wirksamer und bezahlbarer Impfstoffe, Diagnostika und Medikamente nicht ausreichend belohnt. Forschungsansätze zu Gesundheitsförderung, Prävention sowie zu sozialen und umweltbedingten Krankheitsursachen werden zu wenig verfolgt und deren Ergebnisse nicht ausreichend berücksichtigt.

Aber auch in wohlhabenden Ländern werden fehlende Forschungsanreize zunehmend zur Bedrohung der öffentlichen Gesundheit. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sterben allein in der Europäischen Union jährlich circa 25.000

Menschen an den Folgen einer Infektion mit antibiotikaresistenten Erregern. Obwohl neue Wirkstoffe dringend benötigt werden, wurden seit 1987 keine wesentlichen neuen Antibiotika-Wirkstoffklassen mehr entwickelt. Forschungsanreize fehlen, da der Absatz durch die zeitlich begrenzte Anwendung von Antibiotika nicht ausreichend profitabel ist.

Neben fehlenden Forschungsanreizen führt das bestehende Patentregime zu steigenden Arzneimittelausgaben und bedroht den universellen Zugang zu neuen und innovativen Medikamenten. Viele Menschen in Entwicklungsländern können sich neue und patentgeschützte teure Wirkstoffe nicht leisten. Gleichzeitig führen steigende Medikamentenpreise auch in Deutschland das Gesundheitssystem an die Grenzen der Finanzierbarkeit.

Ein UN-Expertengremium hat im September 2016 einen umfassenden Maßnahmenkatalog vorgelegt. Um die Mängel des bestehenden Forschungssystems zu beheben und Gesundheitsausgaben effizienter an den weltweiten Gesundheitsbedürfnissen auszurichten, müssen die Kosten für Forschung und Entwicklung von Produktpreis und Verkaufsmenge langfristig entkoppelt werden. Dabei sollten insbesondere Gesundheitsgefährdungen in den Fokus genommen werden, bei denen die bestehenden Forschungsanreize nicht ausreichen oder bei denen der Zugang zu Medikamenten, Impfstoffen, Diagnostika und Präventionsstrategien nicht ausreichend sichergestellt ist. Neue Anreize werden benötigt, damit sich medizinische Forschung stärker an den gesundheitlichen Bedürfnissen der Menschen orientiert. Ein globaler Forschungsfonds könnte Prämien und andere Anreizmechanismen für innovative Forschung bereitstellen, um das bestehende Marktversagen zu beenden. Hersteller könnten im Gegenzug dazu verpflichtet werden, neue Präparate zum Herstellungspreis verfügbar zu machen, um allen Menschen einen umfassenden Zugang zu ermöglichen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die deutsche G20-Präsidentschaft dazu zu nutzen, neue und innovative Anreizmechanismen für bedarfsorientierte medizinische Forschung und Entwicklung einzuführen und dabei
 - a. die Entwicklung neuer Medikamente, Impfstoffe, Diagnostika und Präventionsstrategien auf Grundlage von deren globalen Gesundheitsnutzen und mithilfe eines solidarisch finanzierten und durch die WHO koordinierten globalen Forschungsfonds zu belohnen,
 - b. die Forschungs- und Entwicklungskosten von Produktpreisen und Verkaufsvolumen mithilfe eines globalen Forschungsfonds zu entkoppeln, um Zugangsgerechtigkeit zu unterstützen und dabei auch armen Ländern umfassenden Zugang zu neuen Medikamenten, Impfstoffen und Diagnostika zu gewähren;
2. sich gezielt für die Weiterentwicklung von Indikatoren und Messinstrumenten zur Erfassung der globalen Gesundheitswirkung neuer Medikamente, Impfstoffe, Diagnostika und Präventionsstrategien einzusetzen und dabei auch nach Geschlechtern zu differenzieren;
3. sich im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft dafür einzusetzen, dass der bezahlbare Zugang zu lebensnotwendigen Impfstoffen, Diagnostika und Medikamenten nicht durch internationale Freihandelsabkommen gefährdet wird;
4. mithilfe von Transparenzrichtlinien Unternehmen dazu zu verpflichten,
 - a. Produktions- und Entwicklungskosten neuer Medikamente und Medizinprodukte, die im Interesse der Allgemeinheit liegen, offenzulegen,
 - b. laufende Gesamtinvestitionen für Forschung und Entwicklung offenzulegen,

- c. in jährlichen Rechenschaftsberichten darzulegen, mithilfe welcher Maßnahmen der universelle Zugang zu neuen Medizinprodukten sichergestellt wird;
5. mithilfe von Instrumenten wie Equitable Licensing dafür Sorge zu tragen, dass öffentlich finanzierte Forschungsergebnisse dem Allgemeinwohl zu Gute kommen;
6. sich für eine ausreichende Finanzierung der WHO durch deren Mitgliedstaaten einzusetzen und dadurch deren Handlungsfähigkeit sowie die Forschungsfreiheit gegenüber kommerziellen Interessen zu stärken.

Berlin, den 16. Mai 2017

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

